

Pro familia

Ob Schwerbeschädigung vorliegt oder nicht, kann an Hand der Anhaltspunkte für Gutachtertätigkeit ... festgestellt werden. Zur Annahme bzw. Beurteilung der Erwerbsunfähigkeit haben wir genaue Angaben, zur Beurteilung der sozialen Notlage haben wir keine Unterlagen. Dazu schweigen Politiker und Gerichte. Die Verantwortung tragen die Ärzte, wie einst in der NS-Zeit bei der Euthanasie. Nach 1945 bekamen Kollegen, welche oft mit Widerwillen mitgemacht hatten oder glaubten, dadurch Schlimmeres verhüten zu können, Menschenleben dadurch zu retten glaubten, vielleicht dies auch taten, hohe Gefängnisstrafen. Wer garantiert, daß wir nicht demnächst eine Revolution wie in Persien, Chile, Nicaragua oder ein zweites Vietnam in Deutschland bekommen? Werden dann die Urteile auch bei uns nach dem Koran, dem Talmud oder sonst einem uns zur Zeit noch unbekanntem Gesetzbuch gesprochen werden? Kein Arzt wird sich dann mit der Angabe eines Urteils eines Musterprozesses oder mit der Angabe von Vorschriften, nach denen er gehandelt hat, verteidigen können... Ich befürchte, schon heute würde es um einige Ärzte schlecht stehen, sollten Staatsanwalt, Gutachter, Ausschüsse und Gerichte prüfen, ob diese Kollegen die soziale Notlage anzunehmen berechtigt waren oder nicht. Die Stadträte Öhringens im Sozialausschuß würden sicher, von einem Gericht zur Stellungnahme aufgefordert, in manchem, vielleicht sogar in den meisten Fällen eine soziale Notlage als Gutachter verneinen.

Dr. med. H. Enzmann
Robert-Koch-Straße 52
7110 Öhringen

Fragezeichen

Es gibt Ärzte, die sich nicht gern in Frage stellen lassen, schon gar nicht von Psychologen und clanfremden Ethikern; nur so kann ich den Ärger über den offenen Brief von Pro familia verstehen. Die Überschrift des Artikels empfinde ich als tendenziös falsch. Es handelt sich um eine Kon-

troverse, bei der meines Erachtens noch nicht geklärt ist, ob Pro familia tatsächlich contra legem denkt und handelt. Wo bleibt das Fragezeichen? Pro familia – contra legem?

Ich kann an der Auslegung von § 218 durch Pro familia nichts abnorm Eigenwilliges oder gar Gesetzwidriges finden. Im Gegenteil. Pro familia: ganz im Interesse der Familie, ganz in der Verantwortung für das Wohlergehen der Frau und für das Wohlergehen des entstehenden Lebens.

Eine unerwünschte Schwangerschaft kann *allerdings* für die Frau, die davon betroffen ist, eine soziale, sprich psychosoziale Notlage bedeuten. Es ist wie ein Sturz in den Abgrund. Die Frau wird in ihren Bedürfnissen und Lebensperspektiven bedroht; in ihrem ganzen Sein erschüttert.

In der Regel ist sie in diesem Ozean der Angst allein. In solch einer Situation als Frau nichtempfindlichen Ärzten ausgeliefert zu sein ist verbunden mit einem Gefühl von Demütigung und Verachtung.

Im Fall einer unerwünschten und abgelehnten Schwangerschaft ziehe ich es für meinen Teil vor, dem entstehenden Leben ein Ende zu setzen. *Und zwar gerade in der Verantwortung für eben dieses werdende Leben*, um so dem Kind ein traumatisiertes und traumatisierendes Leben zu ersparen. Für ein Kind, das im Ansatz abgelehnt wird, ist damit zu rechnen, sein ganzes Leben lang auf unbewußte, raffinierte und sehr subtile Art immer wieder „abgetrieben“ zu werden...

Marta Elsäßer
Krankenschwester
Silcherstraße 3, 7250 Leonberg

Aus dem Herzen

Der offene Brief der Bremer „Pro familia“ ist eine Unverschämtheit. Er strotzt vor ideologischer Borniertheit, und man kann sicher sein: den Autoren fehlen sachliche Argumente. Daß menschliches Leben mit der

Zeugung beginnt, schafft auch keine bissige, sozialistische Ideologie ab. „Menschenverachtung, Faschismus, Stalinismus, totalitäre Überwachung“ – wer derartige Dinge in einer Veröffentlichung gegen Herrn Vilmar, die deutsche Ärzteschaft und gegen Schutzbemühungen für menschliches Leben einführt, scheidet als ernst zu nehmender Gesprächspartner aus. Nur gut, daß in der Bundesrepublik legal gegen diese Meinungen gestritten werden kann. Als Zuwanderer aus der DDR, der gerade sein erstes Jahr in der Bundesrepublik gelebt hat, möchte man vor Leuten wie in „Pro familia“ Bremen dringend warnen. In welchem Licht sehen die Unterzeichner des Briefes wohl den Ausbau der Autobahnen in unserem Land? Wurden die ersten Autobahnen nicht auch im Dritten Reich gebaut? „Mit der Ihnen gebührenden Hochachtung“ – diese Formulierung als Abschluß des Briefes von K. Vilmar spricht mir aus dem Herzen.

Dr. med. O. Rothenbächer
Pommernstraße 2
6252 Diez

Brief an die Redaktion

CLOFIBRAT

Zu einem allgemein bekannten Vorgang ein Brief, der die Auffassung vieler Ärzte widerspiegelt (aus presserechtlichen Gründen um Wertungen wie Instinktlosigkeit, Dummheit, Frechheit u. a. gekürzt).

Blamage für das BGA

Die Sache mit dem Clofibrat ist in vielfacher Hinsicht ein trauriger Skandal und ein negatives Ruhmesblatt für das Bundesgesundheitsamt, das im Interesse unserer Patienten ein offenes Wort notwendig macht: Im Dezember verbot das Bundesgesundheitsamt aufgrund einer Langzeitstudie der WHO vom grünen Tisch weg, ohne sich mit der Ärzteschaft, den Apothekern und der Pharmaindustrie zu besprechen, im Alleingang das Clofibrat, während die anderen Staaten in der Welt

dieses nicht taten. Dieses Verhalten kann man nur als ... bezeichnen. Das Verbot des Clofibrat erfuhren die Ärzte nicht etwa durch Rundschreiben, nein wir erfuhren es durch die Massenmedien Fernsehen und Tagespresse – mit unseren Patienten. Am nächsten Morgen kamen die Patienten in die Praxis und machten dem Arzt den Vorwurf, daß er ihnen seit langer Zeit „Gift“ verschrieben habe. Den Patienten kann man selbstverständlich keinerlei Vorwurf machen. Aber dem Bundesgesundheitsamt: Die Form der Information war eine ... Nun, Ende Juli 79, nachdem sich das Bundesgesundheitsamt endlich (!) in einem Hearing über Clofibrat informiert hat, wird das Clofibrat-Verbot wieder aufgehoben. Hier kann man nur sagen: eine Blamage für das Bundesgesundheitsamt! Hätte es sich doch vorher orientiert, der ganze Skandal wäre nicht erfolgt. Nun darf wiederum der Arzt dem Patienten beibringen, daß das von ihm verordnete Präparat, das im Dezember 1978 über Nacht vom Bundesgesundheitsamtes das Arzt-Patienten-Verhältnis mit Sicherheit schwer gemehrt ist! Es bleibt ein sehr bitterer Nachgeschmack: neben dem Schaden in der Industrie wurde durch das ... Verhalten des Bundesgesundheitsamtes das Arzt-Patienten-Verhältnis mit Sicherheit schwer geschädigt. Und dieses Vertrauensverhältnis ist die Basis jeder Therapie. Im übrigen würde wegen eines solchen Versagens in der freien Wirtschaft der Verantwortliche fristlos entlassen. Hier ist der Verantwortliche jedoch ein Beamter, er ist selbst bei nachgewiesener ... unkündbar. Möglicherweise wurde er sogar für sein „mutiges Verbot“ des Clofibrat im Dezember 1978 befördert, vielleicht erhielt er auch einen Orden! Wir Ärzte wollen selbstverständlich, daß keine schädigenden Präparate in den Handel kommen. Wir sind hier zu jeder Mitarbeit bereit! Aber das Bundesgesundheitsamt möge aus dem Clofibrat-Skandal endlich lernen: so ging und geht es nicht!

Dr. H. W. Schmidt
Friedrich-Ebert-Straße 45
4000 Düsseldorf

Die Kehrseite der Medaille

Zur Frage der Sonderschüler – aus der Sicht eines Nervenarztes

Obwohl eine Differenzierung des Schülerwesens prinzipiell zu begrüßen ist, sollte nach Auffassung des Autors nicht eine „Auslese nach unten“ durchgeführt werden: Die Indikation zur Aufnahme in eine Sonderschule sollte so eng wie möglich gestellt werden.

Es ist das Schicksal des Arztes, besonders des Nervenarztes und mit Ausnahme des Geburtshelfers, das Leben von seiner Kehrseite her beobachten zu müssen. Diese besondere Situation versetzt ihn jedoch in die Lage, unerwartete Auswirkungen und Nebenwirkungen von Maßnahmen, die sicherlich sinnvoll sein können, zu beobachten und vielleicht die Rolle einer Rückkopplung im sozialen Geschehen zu übernehmen.

So erschienen vor kurzem in der Tagespresse Berichte, wonach seit 1970 die Zahl der Sonderschüler in der Bundesrepublik etwa in der Größenordnung von 70 000 auf ca. 350 000 laut jüngster Statistik angewachsen ist. Bedenkt man die Motivation, die zur Gründung dieser Schulart geführt hat, so wird man die Zunahme der Zahl als einen großen Erfolg betrachten wollen und dieses Wachstum als Barometer für das, was man für behinderte Kinder tut, akzeptieren.

Der Kontakt mit der breiten Bevölkerung zeigt aber, daß, bevor man sich eine Meinung bildet, andere Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden müssen.

Als ein in freier Praxis tätiger Nervenarzt, dessen Patienten zu einem beträchtlichen Teil aus der Landbevölkerung stammen, betrachtet man die soziale Wirklichkeit von einem

ganz anderen Blickwinkel als von „oben“. Man sieht die Kehrseite der Medaille.

Beim Lesen der oben erwähnten Berichte über Sonderschulen fragt man sich zunächst, wieso dann so viele Mütter sich dagegen sträuben, daß ihre Kinder „einsonderschult“ werden. Im Grunde genommen will man den Kindern doch nur helfen, eine bessere Ausbildung zu erhalten, damit sie im Leben bessere Chancen haben.

Im Laufe meiner Tätigkeit habe ich mehrere Fälle kennengelernt, die mir vom Hausarzt mit der Bitte um Assistenz wegen leichter Verhaltensstörungen, Unruhe oder Schlafstörungen, und weil Versetzung in die Sonderschule drohte, vorgestellt wurden.

Die Kinder waren psychopathologisch weitgehend unauffällig. Die individuelle und soziale Reife ließ sich mittels Gespräch einschätzen. Intelligenztests wurden nicht durchgeführt, sondern die Intelligenz qualitativ getestet.

Mit psychotherapeutischen Maßnahmen, die aus lockerer psychotherapeutischer Führung und autogenem Training mit gelegentlicher leichter medikamentöser Unterstützung bestanden, trat manchmal sowohl in der Schule als auch zu Hause eine Verhaltensbesserung ein.

Was also führt die Mütter dazu, sich „mit Händen und Füßen“ dagegen zu wehren, „daß mein Kind in die Sonderschule kommt“? ▷

Dieser Aufsatz ist den praktisch tätigen Ärzten gewidmet, die sich an der wahren „Front“ der Medizin mit Hingabe und gesundem Menschenverstand für ihre kleinen Patienten einsetzen.